

SPD-Kritik an Seehofer

- Agrarpolitiker monieren konzeptionelle Defizite und Entscheidungsschwäche - Sozialdemokraten

wollen Sonderrolle der Landwirtschaftspolitik beenden und integrierte ländliche Entwicklungspolitik

stärken - Rat für ländliche Räume soll Politikansätze koordinieren - Konferenz der Bundestagsfraktion

AgE. BERLIN. In der SPD wächst der Unmut über Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer. Führende Agrarpolitiker der Partei halten dem Minister konzeptionelle Defizite in einigen Bereichen sowie mangelnde Klarheit in wichtigen Fragen vor. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Ulrich Kelber, kritisiert, Seehofer habe bisher nicht erkennen lassen, mit welcher Politik er den anstehenden Herausforderungen für die ländlichen Räume künftig begegnen wolle. Am Rande einer von seiner Fraktion veranstalteten Konferenz zum Thema "Unsere Verantwortung für die ländlichen Räume" sprach Kelber vergangene Woche in Berlin von erheblichen Defiziten des Bundeslandwirtschaftsministeriums in der ländlichen Entwicklungspolitik. Der SPD-Politiker regte die Bildung eines Rates für ländliche Räume auf Bundesebene an, um die Ansätze der beteiligten Ressorts zu koordinieren. Ziel müsse es sein, die bisherige Sonderrolle der Landwirtschaftspolitik zu beenden und in eine integrierte Politik für den ländlichen Raum einfließen zu lassen. Kelber forderte eine Abkehr von einer "sinnlosen Eins-zu-eins-Mentalität". Vielmehr hätten die hiesigen ländlichen Regionen nur dann eine Chance im Wettbewerb, wenn Deutschland Vorreiter sei im Natur- und Umweltschutz, in der Lebensmittelsicherheit und im Verbraucherschutz. Der Landwirtschaftsminister von Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Till Backhaus, schlug vor, die anstehende Novelle des Landwirtschaftsgesetzes zu nutzen für eine grundlegende Diskussion über die Zukunft der deutschen Landwirtschaft sowie für die Festlegung von Kernzielen ländlicher Entwicklungspolitik. Notwendig sei auch eine Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK). Forderungen nach einer weitergehenden Umschichtung von Mitteln der ersten in die zweite Säule erteilte der Minister zumindest kurzfristig eine Absage. Er sei dafür, "die erste Säule bis 2013 stabil zu halten", betonte Dr. Backhaus. Für die agrarpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Waltraud Wolff, kann die Modulation hingegen ein Instrument zur erforderlichen Stärkung ländlicher Räume darstellen.

Breite Diskussion notwendig

Der SPD-Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern hielt Seehofer vor, er wolle Probleme aussitzen, anstatt mit Entscheidungen rechtzeitig für Klarheit zu sorgen. Als Beispiel nannte Dr. Backhaus die künftige Gestaltung der Agrarforschung im Zuständigkeitsbereich des Bundeslandwirtschaftsministeriums sowie den Sitz des geplanten Biomasseforschungszentrums. In beiden Bereichen sei entgegen entsprechender Ankündigungen "bis jetzt nichts passiert", monierte Dr. Backhaus. Frau Wolff verwies auf dringend notwendige Reformen in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSV), insbesondere in der Unfallversicherung, aber auch im Hinblick auf die künftige Organisation. Nach wie vor sei für sie nicht erkennbar, welche Vorstellungen das Bundeslandwirtschaftsministerium dazu habe.

Überstimmend hoben Frau Wolff, Kelber und Dr. Backhaus den Stellenwert hervor, den die ländlichen Räume für die SPD hätten. Angesichts der demographischen Veränderungen, vor denen gerade viele ländliche Regionen stünden, werde sich die Partei verstärkt diesem Thema widmen und breit darüber diskutieren. Der Fraktionsvorsitzende Peter Struck bezeichnete den ländlichen Raum als "bedeutenden Wirtschafts- und Wohnstandort". Die ländlichen Gebiete in Deutschland seien unverzichtbar für die Nahrungsmittelversorgung, für die Erzeugung von Energie sowie als Erholungsraum. Nach Auffassung von Struck ist die Förderung erneuerbarer Energien "sinnvoll und notwendig".

Konkrete Leistungen honorieren

Kelber nannte als Ziel einer Politik für die ländlichen Räume deren wirtschaftliche Stärkung, die Erhaltung und Schaffung geeigneter Infrastruktur sowie die Bewahrung der Kulturlandschaft. Der Bonner Abgeordnete sieht die Finanzierung einer Politik für ländliche Räume auf Dauer gefährdet, weil die Landwirtschaft in der öffentlichen Wahrnehmung stellvertretend für die ländlichen Räume stehe. Den bestehenden Vorbehalten könne man am besten begegnen "durch eine schrittweise Beendigung der Sonderrolle der Landwirtschaftspolitik und durch uneingeschränkte Transparenz". Dies gelte für die Sonderrechte, aber auch für die Sonderlasten der Landwirtschaft, etwa im Bereich der agrarsozialen Sicherung, "die aus meiner Sicht in die normalen sozialen Sicherungssysteme integriert werden sollte", so Kelber. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende sprach sich gegen eine "undifferenzierte Förderung der Landwirtschaft" aus. An ihre Stelle müsse die gezielte Unterstützung für mehr Arbeit auf dem Lande und eine konkrete Entlohnung der Leistungen der Landwirtschaft vor

allem für Umwelt und Kulturlandschaft treten. Kelber: "Nur konkrete Leistungen für die Gesellschaft rechtfertigen auch längerfristig den Einsatz von Steuermitteln." Wer diese Leistungen erbringe, habe allerdings auch einen Anspruch auf diese Geldmittel.

Förderung konzentrieren

Für die künftige Gestaltung der Gemeinschaftsaufgabe sieht Dr. Backhaus zwei Optionen. Zum einen könne eine neu formulierte GAK den Rahmen bilden für eine ländliche Entwicklungspolitik mit neuen Schwerpunkten und integrativen regionalen Ansätzen. Zum andern sei denkbar, die ländliche Entwicklungspolitik außerhalb der Gemeinschaftsaufgabe bei veränderter Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern anzusiedeln. Dies sei allerdings problematisch für finanzschwache Länder, gab der SPD-Chef von Mecklenburg-Vorpommern zu bedenken. Mit Nachdruck warnte er davor, im Zuge der Haushaltskonsolidierung die GAK als "Steinbruch" zu missbrauchen. Bedenken äußerte Dr. Backhaus gegenüber einer Absenkung von Fördersätzen in der Gemeinschaftsaufgabe, wie sie im Rahmenplan 2007 bis 2010 beschlossen wurde. Damit würden sowohl Investitionen privater Träger als auch die Beteiligung von Kommunen bei Maßnahmen wie dem ländlichen Wegebau oder der Entwicklung der örtlichen Verkehrsinfrastruktur gefährdet. Der Minister plädierte dafür, den maximalen Fördersatz in der GAK bundeseinheitlich auf mindestens 65 % festzulegen. Den Ländern müsse es anschließend überlassen bleiben, inwieweit die Anwendung des Höchstsatzes bei einer konkreten Maßnahme angewendet werde. Dr. Backhaus: "Lieber weniger, aber dafür vernünftige Maßnahmen richtig unterstützen." Die Hauptaufgaben für die anstehende Halbzeitüberprüfung der gemeinsamen Agrarpolitik bestehen dem Minister zufolge darin, die Entkopplung EU-weit durchzusetzen, Cross Compliance auf das notwendige Maß zu beschränken "und dabei der Versuchung zu widerstehen, mit immer neuen Umweltauflagen die Finanztransfers an die Bauern umweltpolitisch zu begründen", sowie die zweite Säule zu stärken und an der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und der Arbeitsmarktwirkung auszurichten.

Mehr als Agrarpolitik

Frau Wolff zog ein positives Fazit der Veranstaltung, mit der die SPD-Bundestagsfraktion das Gespräch über die großen Herausforderungen für die Menschen in den ländlichen Räumen begonnen habe. Die zu diskutierenden Themen reichten über die Rolle der Landwirtschaft unter veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen hinaus und umfassten die demographische Entwicklung ebenso wie Fragen zur Anpassung der Infrastruktur. Es sei deutlich geworden, so die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz der Fraktion, "dass die Entwicklung ländlicher Räume sehr viel mehr ist als nur Agrarpolitik". Die Beurteilung der ländlichen Räume stehe und falle mit der Lebensqualität, aber auch mit der subjektiven Wahrnehmung der Menschen, die dort lebten. Die Politik müsse darauf ausgerichtet werden, dass nicht "Demenz und Armut" die tragenden Elemente im ländlichen Raum würden, sondern Lebensfreude, Erwerbsmöglichkeiten, kulturelle Vielfalt und damit Lebensqualität. Dazu bedürfe es der Koordinierung der verschiedenen Interessen. Der von der SPD vorgeschlagene Rat für die Entwicklung der ländlichen Räume müsse Vorschläge für integrierte fachübergreifende Entwicklungsmodelle erarbeiten. Bei der Klärung der Finanzierung und deren Kriterien müssten Konzepte gefunden werden, mit denen die ländlichen Räume weiter gestärkt würden. Die Umschichtung von Mitteln aus der ersten in die zweite Säule könne dabei ein wichtiges Element sein.

Politik muss schnell handeln

Nach den Worten des Thüringer SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Gerhard B o t z muss die Politik weiter das Ziel verfolgen, die ländlichen Regionen als eigenständige Lebens- und Wirtschaftsräume mit hoher Lebensqualität zu erhalten und weiterzuentwickeln. Deshalb könne eine einseitige Ausrichtung zukünftiger staatlicher Förderstrategien auf städtische Ballungsräume nicht akzeptiert werden, betonte der Abgeordnete. Seiner Ansicht nach muss es auch in Zukunft für die Entwicklungspotenziale ländlicher Regionen Anspruch auf Förderung geben. Trotz sinkender Bevölkerungszahlen und wachsender Probleme bei der öffentlichen Daseinsvorsorge gebe es auch hier noch erhebliche Entwicklungspotenziale, die aktiviert werden müssten. Voraussetzung dafür sei eine größere Unterstützung des starken ehrenamtlichen Engagements der Bürger in den ländlichen Räumen. Dennoch hält Dr. Botz eine Bündelung von Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge an bestimmten Zentren im ländlichen Raum in Zukunft für unausweichlich. Gefragt sei eine kluge und weitsichtige Kommunalpolitik. Auf der landes- und bundespolitischen Handlungsebene müsse ein stärkerer integrativer Förderansatz der einzelnen verantwortlichen Ministerien zum Tragen kommen. Gemeinsames Ziel müsse es sein, so bald wie möglich funktionierende Anpassungsstrategien gemeinsam mit den Akteuren vor Ort zu entwickeln und umzusetzen. Die Dynamik der Entwicklungen zwingt zu schnellerem und entschlossenerem Vorgehen auf den politischen Handlungsebenen, erklärte der Abgeordnete.